



Neujahrsansprache des Präsidenten 2020

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Redefreiheit, Meinungsfreiheit, Wissenschaftsfreiheit – neben dem Megathema Klimaschutz bewegt uns Universitäten derzeit kaum ein Themenkomplex so wie dieser. Wer darf auf unseren Campi eigentlich seine oder ihre Meinung sagen? Unter welchen Umständen? Nur im Hörsaal? Oder dort gerade nicht? Sind allgemeinpolitische Debatten auf dem Campus erlaubt? Vielleicht sogar erwünscht? Wie sollen Hochschulleitungen mit der Redefreiheit umgehen, ohne dabei die Wissenschaftsfreiheit zu unterlaufen? Welche Art von Streitkultur wollen wir?

Fragen über Fragen, die Hochschulen weltweit derzeit sehr beschäftigen. Hier in Potsdam zum Beispiel laden wir schon seit vielen Jahren, so auch in diesem Jahr, alle Abgeordneten des Landtags zu unserem Neujahrsempfang ein. Dies führt regelmäßig zu Diskussionen, ob Politiker aller Parteien auf unseren Campi willkommen sind, und wenn nein, welche nicht. Ich gehe darauf später noch ein.

Redefreiheit, Meinungsfreiheit, Wissenschaftsfreiheit – erst einmal gilt es, die Begriffe auseinanderhalten. Wissenschaftsfreiheit gibt Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Freiheit, ungeachtet des politischen Umfelds Erkenntnisse zu produzieren und zu publizieren. Sie garantiert ihnen das Recht, selbst zu entscheiden, was sie lehren, was sie erforschen, mit welchen Methoden sie das tun, und wo sie ihre Erkenntnisse publizieren. Rede- und Meinungsfreiheit sind hingegen in Deutschland und glücklicherweise vielen anderen Ländern Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger. Sie erlauben jedem und jeder von uns, seine und ihre Meinung öffentlich zu äußern. Nicht zur Meinungsfreiheit gehören hingegen verfassungsfeindliche Äußerungen und Diskriminierungen, die die Würde des Gesprächspartners verletzen.

Als Wissenschaftler tut man gut daran, sich des Unterschiedes bewusst zu sein und in der Kommunikation nach außen stets klarzustellen, ob man als Wissenschaftler oder als freier Bürger spricht. Denn hierbei gelten unterschiedliche Maßstäbe: Widerspruch gegen eine im Rahmen der Wissenschaftsfreiheit getätigte Äußerung erfordert den Verweis auf andere anerkannte Forschungsarbeiten, idealerweise die eigenen, die der Erkenntnis des angefochtenen Wissenschaftlers widersprechen. Widerspruch gegen Meinungen und freie Rede hingegen erfolgen in gleicher, informeller Form. Z.B. auch durch eine Demonstration.

Dieses Spannungsfeld wurde am Fall des Hamburger Professors und AfD-Mitgründers Bernd Lucke sehr deutlich. Als anerkannter Wissenschaftler genießt er selbstverständlich Wissenschaftsfreiheit in Forschung und Lehre. Diese bezieht sich auch auf die von Protesten gesäumte Vorlesung „Makroökonomik II“. Proteste gegen die politischen Positionen von Herrn Lucke sind hingegen ebenso selbstverständlich erlaubt, auf dem Campus und anderswo.

Die Hochschulrektorenkonferenz und auch die Hamburger Hochschulleitung reagierten auf die Lucke-Turbulenzen eher defensiv. Beide zogen eine Trennungslinie zwischen politischer und wissenschaftlicher Meinung, zwischen Redefreiheit und Wissenschaftsfreiheit. Eine ganze Reihe von Hochschulen bundesweit bekannte sich in Folge sogar dazu, ein Auftrittsverbot für Politiker und Parteien zu praktizieren. Aber ist das wirklich der richtige Weg? Die Politik vom Campus zu verdammen? Die FAZ schreibt dazu: „Es wäre wirklichkeitsfremd, von Wissenschaftlern zu erwarten, ihre politische Perspektive aus Forschung und Lehre zu verbannen. Was man von ihnen verlangen kann, ist nicht die Verleugnung, sondern die kritisch-rationale Reflexion der eigenen Position.“

Dem kann ich nur zustimmen, nicht nur auf Wissenschaftler, sondern auch auf unsere Studierenden bezogen. Wobei man zwischen Wissenschaft und Universität unterscheiden muss. In der Wissenschaft hat die Politik nur Platz als Gegenstand der Forschung und Lehre. Aber an der Universität hat die Politik auch einen Platz an sich. Dort haben politische, weltanschauliche oder religiöse Meinungen durchaus einen Anspruch darauf, artikuliert zu werden. Da stimme ich mit meiner Düsseldorfer Amtskollegin Anja Steinbeck überein, die in der ZEIT kürzlich ebenfalls forderte: „Politik gehört an die Unis“. Denn die politische Debatte ist aus meiner Sicht essenzieller Bestandteil unseres Erziehungs- und Bildungsauftrags. Ein Rückzug in den Elfenbeinturm führt in die Irre. Vielmehr ist der offene, persönliche und natürlich auch kontroverse Austausch von politischen Argumenten auf dem Campus wichtig. So lehren und lernen wir debattieren, so lehren und lernen wir Streitkultur. Natürlich wird der Campus damit zum Forum für Diversität und Pluralität, für ein sehr breites Spektrum an Meinungsäußerungen, darunter auch viele, mit denen man als Betrachter oder Teilnehmer teilweise große Probleme hat. Aber genau das macht den politischen Diskurs doch aus. Und Foren aller Couleur gibt es ohnehin schon, insbesondere im Netz, wo anonym gehetzt werden darf. Aber auch in der Neonazikneipe nebenan. Da ist ein physisches, persönliches, aber politisch neutrales Forum wie ein Universitätscampus ihn darstellt, ein wichtiges Gegengewicht.

Dass die Hochschule politisch neutral sein muss, versteht sich von selbst. Aber Neutralitätsgebot bedeutet eben nicht Politikfreiheit. Da stehen wir auch in guter Tradition – zum Beispiel der der Göttinger Sieben 1837 oder natürlich der Studierendenproteste Ende der 60er Jahre. Insofern sind auch politische Diskussionsveranstaltungen sowie Vorträge von Politikern auf dem universitären Campus am rechten Platz, solange es sich nicht um rein parteipolitische Veranstaltungen handelt und solange Verfassungskonformität gesichert ist.

Gerade wegen des Neutralitätsangebots ist die Hochschule freilich auch dafür verantwortlich, das Recht auf freie Rede allen einzuräumen, die sich nach geltender Rechtsprechung auf dem Boden der Verfassung bewegen und nicht offensichtlich Lügen verbreiten. Allen Parteien, allen Personen. Wie Eric Wallis es kürzlich in der DUZ formulierte, sind „Hochschulen nicht nur Hüter wissenschaftlicher Debatten, sondern auch ein Diskursraum, in dem Meinungsfreiheit gilt – im Rahmen des Grundgesetzes und der Demokratie“. So bilde „das Ermöglichen einer solchen Debattenkultur Chancen für die Hochschulkommunikation“. Und weiter: „Offenheit für den Diskurs heißt aber nicht, sich alles gefallen zu lassen. Man kann kritisieren, vertagen und abbrechen.“

Dies ist wichtig in Erinnerung zu rufen, denn auch in Deutschland werden Wissenschaftler moralisch diskreditiert und teilweise ausgegrenzt, wenn ihre Äußerungen im hochschulpolitischen Umfeld auf Widerspruch stoßen. Richtig wäre hingegen, sich mit den kontroversen Äußerungen inhaltlich, intellektuell auseinanderzusetzen. Niederbrüllen, Stalking, wildes Plakatieren, Boykottieren von Vorlesungen und ähnliche Aktionen dürfen nicht toleriert werden, egal, von wem sie kommen.

Der Austausch mit Andersdenkenden ist nicht immer einfach. Um nicht immer Rosa Luxemburg zitieren zu müssen, greife ich heute auf den Kollegen Armin Falk, einen Bonner Verhaltensökonom, zurück. Er berichtet als Ergebnis seiner empirischen Forschung, dass „die Bereitschaft, sich auf die Argumente anderer einzulassen, in den vergangenen fünf bis zehn Jahren deutlich nachgelassen hat“. Um dies zu ändern, empfiehlt er „Zuhören ist wichtiger als Reden. Menschen sollten die Bereitschaft mitbringen, sich in die Perspektive, die Zwänge und die Vorstellungen eines anderen Menschen hineinzudenken. Das bedeutet nicht, dass man dessen Positionen teilen muss, sondern dass man anerkennt, dass er etwas mitzuteilen

hat. Tun zu viele Menschen das nicht, kann sich eine Gesellschaft polarisieren.“ Und weiter: „Die Gesellschaft muss Räume schaffen, in denen sich ganz unterschiedliche Menschen begegnen.“ Und, meine Damen und Herren, ich darf ergänzen: Welcher Raum soll das sein, wenn nicht der universitäre Campus?!

So ähnlich äußerte sich auch der Bundespräsident auf der Hochschulrektorenkonferenz im November letzten Jahres, in einer Rede, die die ZEIT – und auch ich persönlich – für eine der stärksten Reden seiner Amtszeit halten. Präsident Steinmeier sagte: „Wer eine Universität betritt, sei es als Lehrender oder als Studierender, betritt nicht die stille, erdabgewandte Seite des Mondes. Sondern der betritt einen Raum der geistigen, auch politischen Auseinandersetzung.“ Und weiter: „Wir haben kein Problem mit der Meinungsfreiheit, wir haben ein Problem mit unserer Streitkultur. Wir müssen sie aufs Neue lernen.“ Und schließlich: „Niemand muss schweigen, wenn ihm etwas nicht gefällt. Aber andere zum Schweigen bringen zu wollen, nur weil sie das eigene Weltbild irritieren, ist nicht akzeptabel.“ Jetzt sei – so Frank-Walter Steinmeier in seiner Weihnachtsansprache – die Frage, „wie aus Dauerempörung eine ordentliche Streitkultur“ werden könne und „aus Gegensätzen Zusammenhalt“.

Nicht zu kommunizieren ist – um mit dem Kommunikationswissenschaftler Paul Watzlawick zu sprechen – auch eine Form der Kommunikation. Aber keine, die uns Hochschulen ansteht. Denn – wie es einer unserer Studierenden kürzlich formulierte – keine „Lust“, mit vermeintlich demokratiefeindlichen Kräften zu diskutieren, darf nicht das Kriterium sein. Auch ich habe manchmal keine „Lust“, mit Vertretern anderer Meinungen zu diskutieren. Aber es gehört zu meinem Job als Universitätspräsident, und übrigens auch zu meiner Pflicht als Bürger, und das ist auch gut so. Es gehört auch zum Job jedes Professors, jeder Professorin und auch jedes gewählten Vertreters unserer Hochschule. Der in der Klimadebatte engagierte Schüler Tobias Fiedler, der kürzlich in der ZEIT porträtiert wurde, mag hier ein Vorbild sein. Auf die Frage der ZEIT, ob man mit Rechten reden soll, antwortete er: „Ich fand das total wichtig. Ich wollte sehen, wie die denken, warum sie bei den Leuten so gut ankommen.“ Gleiches gilt natürlich auch für die Frage, ob man mit Linken reden soll, wie auch immer man diese Begriffe für sich definieren mag. Wer sich noch an die gegen die Linke gerichteten Initiativen der 70er Jahre erinnert – ich denke z.B. an den Radikalenerlass –, weiß was ich meine.

Nicht nur erlaubt, sondern erwünscht ist aus meiner Sicht auch, dass Forscherinnen und Forscher sich – außerhalb des Labors – als Bürger engagieren, wie dies in der Klimadebatte so erfrischend oft erfolgt ist – z.B. in der Scientists-for-Future-Bewegung, die die Fridays-for-Future-Demonstrationen der Schüler unterstützt. Wissenschaftler eröffnen über ihre Erkenntnisse Handlungsspielräume. Handeln muss – nach Würdigung der wissenschaftlichen Erkenntnisse – die Politik. Umso wichtiger, dass der Dialog zwischen Politik und Wissenschaft gut funktioniert und häufig gepflegt wird.

Auch im Ausland werden solche Debatten geführt. In meiner Alma Mater, der UC Berkeley, der Wiege des Free Speech Movement Ende der 60er Jahre, wird intensiv darum gerungen, wer wann auf dem Campus reden darf. Anderswo wird gleich kurzer Prozess gemacht, um zu viel Meinungsfreiheit gar nicht erst aufkommen zu lassen. Unter anderem in Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, im Iran, im Südsudan, in China und in der Türkei wurden 2019 nicht systemkonforme Wissenschaftler nicht nur gefeuert, sondern teilweise auch verhaftet. Türkische Wissenschaftler beschwerten sich schon seit mehreren Jahren über Abhörung, Überwachung und Denunziation im Hörsaal. In China hat die Shanghaier Fudan-Universität – bisher bekannt für eine relativ tolerante Grundhaltung – die Formulierung

„Freiheit der Gedanken“ aus der Hochschulsatzung gestrichen. Zur Lage in Ungarn hatten wir von unserem Voltaire-Preisträger ja gerade schon gehört. In Polen weigerte sich der Präsident, einen regierungskritischen Professor zu ernennen.

Hier ist wichtig, dass wir als Universität und natürlich auch als Nation praktische Hilfestellung leisten. Unser Voltaire-Preis zur Förderung für Toleranz, Völkerverständigung und Respekt vor Differenz ist hier ein kleiner Baustein. Und ich danke der Friede Springer Stiftung noch einmal ausdrücklich für ihre Unterstützung. Auch das „Scholars at Risk“-Programm der Alexander von Humboldt-Stiftung ist ein wichtiges Programm, an dem wir uns aktiv beteiligen. So können wir gefährdete Kolleginnen und Kollegen als Gastwissenschaftler aufnehmen und ihnen helfen, in unserer Gesellschaft Fuß zu fassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, keine Sorge, nach dieser etwas weiter reichenden politischen Lagebeschreibung fällt mein Bericht zur Lage der Universität sehr schlank aus. Wir sind mitten in einer in der Geschichte der Universität einmaligen Wachstumsphase, und wir sind der alten wie der neuen Landesregierung außerordentlich dankbar für ihre Unterstützung. Dank an Ministerpräsidenten Dietmar Woidke und der Landesregierung insgesamt, dass sie die Leistungen der brandenburgischen Hochschulen im Koalitionsvertrag anerkannt und weitere finanzielle Aufwüchse in Aussicht gestellt haben. Dank an Frau Ministerin Martina Münch für die wunderbare Zusammenarbeit in den letzten Jahren! Und Dank an ihre Nachfolgerin Manja Schüle für den vielversprechenden Start, wir freuen uns auf die gemeinsame Arbeit in der vor uns liegenden Legislatur!

Die Universität Potsdam hatte zu Beginn des laufenden Wintersemesters erstmals über 21.000 Studierende. In den kommenden Jahren ist ein Ausbau auf 23.000 Studierende geplant. Im Vergleich zu 2015 entspricht dies einem Anstieg um insgesamt 15%. Dem stehen ein Personal- und Finanzaufwuchs um etwa 30% gegenüber. So haben wir mehr Geld pro Studienplatz, was uns bei der weiteren Verbesserung der Studienqualität sowie dem Ausbau unserer Internationalisierung sehr hilft. Die erfreulichen Ergebnisse des letzten Jahres wie z.B. die erfolgreiche Einwerbung eines Konsortiums im Rahmen des European-Universities-Programms der EU, aber die auch die erfolgreiche Systemreakkreditierung oder unser Erfolg im EXIST-Gründerprogramm des Bundeswirtschaftsministeriums bestätigen uns auf unserem Weg. Die gute Zusammenarbeit mit unseren außeruniversitären Partnern belegen etwa 100 gemeinsam berufene Professorinnen und Professoren, die im Hauptamt an einer Helmholtz-Einrichtung, einem Leibniz-Institut, einer Fraunhofer-Einrichtung oder einem Max-Planck-Institut arbeiten. Mehr gemeinsame Berufungen hat keine andere deutsche Universität. Und auch die Zusammenarbeit mit den Berliner Kolleginnen und Kollegen läuft sehr gut, wobei – um einen Wunsch an die neue Ministerin zu richten – eine Andockung an die Berliner Einstein-Stiftung außerordentlich hilfreich wäre.

Der Aufwuchs der letzten Jahre schlug sich natürlich auch in diversen strukturellen Erweiterungen nieder, zuletzt durch den laufenden Ausbau im Lehramt mit 1.750 zusätzlichen Studienplätzen sowie durch die Gründung der Fakultät für Gesundheitswissenschaften als siebte Fakultät mit insgesamt 16 Professuren, gemeinsam getragen mit der BTU Cottbus-Senftenberg und der Medizinischen Hochschule Brandenburg. Wir sind ausgesprochen zuversichtlich, dass die neue Fakultät mit ihren ausgewiesenen Stärken in Forschung und Lehre auch einen Beitrag zum Aufbau einer Hochschulmedizin in der Lausitz leisten kann.

30% Wachstum schaffen Wachstumsschmerzen. Das spüren wir sehr wohl, und dies adressieren wir auch in unserem gerade vorgelegten Hochschulentwicklungsplan 2019–23. 3.000 zusätzliche Studierende und mehrere Hundert neue Kolleginnen und Kollegen brauchen

Platz. Deswegen verwenden wir gegenwärtig sehr viel Zeit auf die Planung von Anmietungen und Baumaßnahmen an allen unserer Campi. Wichtig ist aber auch, die richtigen Personen für die vielen neuen Stellen zu gewinnen. Der Fachkräftemangel zeigt sich bei der Rekrutierung geeigneten Verwaltungspersonals schon sehr deutlich. Im wissenschaftlichen Bereich können wir mit themenoffenen Ausschreibungen für Professuren und Postdocs sowie mit den zunehmend wichtigen Tenure-Track-Professuren Top-Talente anziehen.

Dank an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde der Universität für Ihre Mitarbeit und Unterstützung. Wir sind auf gutem Kurs, dank Ihnen! Dank an diejenigen, die sich über das Deutschlandstipendium, die Universitätsgesellschaft oder als Spender auch finanziell engagieren. Und einen ganz besonderen Dank an mein Team, an das Präsidialbüro, unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie meine Kollegen im Präsidium für die hervorragende Arbeit. Alles Gute für die Roaring Twenties!